

**Rede des Fraktionsvorsitzenden  
der SPD-Ratsfraktion Dieter Fleskes  
zum Haushalt der Stadt Bochum 2012  
in der Sitzung des Rates am 26. April 2012**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich habe schon einige Etatberatungen in diesem Rat mitgemacht, unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen, aber ich kann mich nicht erinnern, wann wir einen Etat so intensiv wie in diesem Jahr beraten haben. Entscheidend war nicht, dass wir uns mit der **Beratungskooperation** auf ein Verfahren eingelassen haben, das im Ablauf aufwendiger war. Entscheidend war die Schwierigkeit der Aufgabe: Nämlich nach dem ersten Haushaltssicherungskonzept 2009 den Haushalt noch einmal dauerhaft um mindestens 51,5 Mio. Euro zu entlasten.

**Dabei war kritisch zu prüfen, welche Auswirkungen diese Beschlüsse auf die Stadt, die Institutionen, vor allem aber auf die Familien und die Bürgerinnen und Bürger haben würden.** In der Beantwortung der Frage, inwieweit die Zumutbarkeitsgrenze dabei erreicht oder überschritten würde, lag für die SPD-Fraktion das Entscheidungskriterium für die Zustimmung oder Ablehnung der Konsolidierungsvorschläge, wie sie von der Arbeitsgruppe aus Bezirksregierung und Verwaltung vorgelegt wurden. Dass wir Sparmaßnahmen im Umfang von rund 6,5 Mio. Euro nicht mittragen, ist das Ergebnis dieser Unverträglichkeitsprüfung. Dabei wissen wir uns in großem Einklang mit den Vorstellungen der Menschen in unserer Stadt.

Ohnehin bedeutete die Forderung der Kommunalaufsicht, nach den Einsparungen 2009 in Höhe von 106 Mio. Euro nochmals 51,5 Mio. Euro zur Haushaltskonsolidierung bis 2022 beizutragen, einen schmerzhaften

Prozess. Er bedeutet einen tiefgreifenden Einschnitt in die Strukturen der Verwaltung und das Dienstleistungsangebot an die Bürgerinnen und Bürger. **Der Gefahr, dass damit das Gemeinwesen in seinem sozialen Zusammenhalt beschädigt und die "soziale Stadt" aus dem Fokus verloren gehen könnte, galt es im politischen Entscheidungsprozess entgegenzuwirken. Das haben wir getan.**

Unser entschiedenes Nein hat dabei 40 Vorschläge von 166 aus dem Sparkatalog der Beratungskommission getroffen. Die Beschlüsse aus den Ausschüssen und zuletzt im Hauptausschuss, die wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner und in Teilen mit anderen Fraktionen gefasst haben, lassen keinen Zweifel: Es kann für uns keine Einschränkungen der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, in den Stadtbezirken, geben. Das heißt

- keine Neustrukturierung der Stadtbezirke
- Erhalt der ortsnahen Dienstleistungen in den Bürgerbüros
- Erhalt der Stadtteilbüchereien
- Erhalt der uneingeschränkten Arbeitsfähigkeit der Bezirksvertretungen als örtliche Sachverwalter der Bürgerinteressen.

Wir sagen Nein zu allen Vorschlägen, die eine weitere Reduzierung der **Zuschüsse und Leistungen an Vereine, Verbände und Freie Träger** bedeutet hätten. Das bedeutet:

Wir wollen weiterhin Transferleistungen

- für die Freien Kulturträger,
- für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit,
- für die Sportförderung. Wir wollen weiterhin
- den Tierpark unterstützen und den
- Vogelpark erhalten, wir wollen
- faire Entgelte für die Sporteinrichtungen
- sozialverträgliche Elternbeiträge für Kitas mit dem Beibehalt der Geschwisterbefreiung,

- den Erhalt des Bochum-Passes
- einen Ersatz für die Notschlafstelle in der Swidbertstraße
- und weiterhin eine gute Betreuung der Auszubildenden bei der Stadtverwaltung.

Was für die freie Kultur gilt, gilt auch für die städtischen Kulturinstitutionen in unserer Stadt, auf die wir zu Recht stolz sein können. Darum haben wir alle Vorschläge abgewehrt, die zu einer nachhaltigen Schwächung eines der bedeutendsten Theater im deutschsprachigen Raum beigetragen hätten.

**Das Bochumer Schauspielhaus** ist - wie viele Theater ringsum - strukturell unterfinanziert und kämpft um den Erhalt seines künstlerischen Rufes, auch mit erheblichen eigenen Konsolidierungsanstrengungen. Um diese nicht zu konterkarieren, müssen die Erträge aus den vorgesehenen Entgelterhöhungen im Hause bleiben. Und die Gleichbehandlung von Verwaltung und Schauspielhaus bei den Tarifsteigerungen war ein Gebot der Gerechtigkeit bei der Verteilung finanzieller Belastungen.

Geradezu bizarr war - und das haben die Fraktionen durch die Bank so bewertet - der Vorschlag, **das Kunstmuseum** zu schließen. Das hat eine unnötige öffentliche Diskussion provoziert, unabhängig von der einhelligen Ablehnung in den politischen Stellungnahmen. Und schließlich ging es bei unserer politischen Bewertung der Konsolidierungsvorschläge auch um den Erhalt der urbanen Lebensqualität. Unser Nein gilt daher zum Beispiel für den Vorschlag, die Brunnen und Wasserspiele in der Stadt stillzulegen oder den, die Straßenbeleuchtung durch Nachtabschaltung zu reduzieren. Auch Ehrungen für verdiente Mitbürgerinnen und Mitbürger und Dienstjubilare gehören unserer Meinung nach zu den Attributen einer liebens- und lebenswerten Stadt.

“Die Verwaltung soll **mehr Personal einsparen.**” ist eine beliebte Forderung. Das bedient zum Teil alte Vorurteile, die leider von manchen

Parteien auch hier im Hause ständig neu genährt werden. Die Aussicht, dass durch altersbedingtes Ausscheiden und Fluktuation über 1000 Stellen in den nächsten zehn Jahren eingespart werden könnten, schreckt offensichtlich auch in der Öffentlichkeit niemanden. Nur: Warten auf Baugenehmigungen, Wartezeiten im Einwohneramt, Schließtage in der Bücherei, Schließtage bei den Bädern, weniger Grünpflege, Schließung von Bürgerbüros usw. all das führt dann zu großem Unmut.

Wir werden deutlich machen müssen: **Der Wegfall Hunderter von Stellen ist nicht durch lautlose Umstrukturierungen zu bewerkstelligen.** Dass zusätzlich zu den Personaleinsparungen im ersten HSK nun noch weitere 14 Mio. Euro Personalaufwand ab 2022 dauerhaft eingespart werden sollen, schwächt das Dienstleistungsangebot dieser Stadt. Und wir müssen entscheiden, in welchen Bereichen wir das in Kauf nehmen wollen.

Im Übrigen gilt unsere wiederholt vorgetragene Forderung nach einem tragfähigen Konzept für die Personal- und Organisationsentwicklung - wohlgedacht: kein Personalabbaukonzept, sondern ein auf die zukünftigen Bedarfe des Dienstleisters "Kommune" gerichtetes Konzept, das die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigt. Wir erwarten erste Ergebnisse zum Start der Haushaltsberatungen 2013.

**Für zumutbar halten wir eine Verbesserung der Einnahmen durch Steuererhöhungen; sowohl bei der Grund- als auch bei der Gewerbesteuer.** Die Gewerbesteuereinnahmen sind nach wie vor unsere wichtigste Einnahmequelle und ich danke dem Einsatz der kommunalen Vertreter in der Kommission zur Gemeindefinanzreform, dass sie unerbittlich für ihren Erhalt gekämpft haben. Zumutbar ist im übrigen auch die Bettensteuer. Sie nimmt nur einen kleinen Teil von dem, was die FDP den Hoteliers - für niemanden nachvollziehbar - mit der Mehrwertsteuersenkung geschenkt hat.

**Nicht bei der Bildung sparen!** lautete das Votum vieler Bürger. Dieser Ansicht sind wir auch. Unsere Aufgabe besteht darin, den Etat bis 2022 im Schulbereich um 6,2 Mio. Euro entlasten, ohne an der Bildung zu sparen. Insbesondere durch die Vermarktung von Schulgebäuden und Grundstücken. Für eine gute Bildung brauchen wir: gut ausgestattete Schulen, gut ausgebildete Lehrer in ausreichender Zahl und ein differenziertes Förderangebot an jeder Schule. Gute Bildung bedeutet nicht die Beibehaltung vieler Schulgebäude trotz sinkender Schülerzahl. In den letzten zwölf Jahren ist die Zahl der Grundschüler um 25 Prozent zurückgegangen und der Rückgang setzt sich weiter fort. Wir kommen nicht daran vorbei, die Anzahl der Schulgebäude dieser Entwicklung anzupassen. Es kommt nicht auf die Anzahl der Gebäude an, sondern auf die Qualität der Standorte.

Dass die Erich-Kästner-Schule eine von 15 bundesweit ist, die für den Deutschen Schulpreis 2012 nominiert sind, ist ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der Bochumer Schulen und der Schulpolitik. Entscheidend ist erstens das Engagement einer Schule bei der Profilbildung und zweitens, dass wir ihr dazu die nötige Ausstattung ermöglichen. Das neue Gymnasium ist mit seiner 32 Mio. Euro Investition ein weiteres Beispiel. Statt zwei schwächelnde Gymnasien partout aufrechtzuerhalten, bauen wir ein neues mit besten Lernbedingungen und Bildungsangeboten. Ich bin froh, dass die Bochumerinnen und Bochumer dem dagegen gerichteten Bürgerbegehren seinerzeit nicht gefolgt sind.

**Am Ende der gesamten Beratungskoooperation zählt: Wir sind**

- **der Haushaltsgenehmigung einen entscheidenden Schritt näher**
- **und in unserem Handlungsspielraum weniger eingeschränkt.**

Aber - und das haben wir bereits kritisch angemerkt: Das Verfahren war nicht mängelfrei. Wichtige Parameter fehlten für eine nachhaltige Perspektive: neben dem Personalentwicklungskonzept fehlte und fehlt uns

in manchen Verwaltungsbereichen die unbedingte Bereitschaft, die eigenen Arbeitsstrukturen zu hinterfragen und Wege zu einer effizienteren Leistungserbringung zu beschreiten. Hier muss kurzfristig nachgearbeitet werden.

Ich sage heute nicht: Wir haben wieder Handlungsfreiheit. Ich sage heute nicht: Der Haushalt ist konsolidiert. Auch wenn er ab 2022 um 164 Mio. Euro strukturell entlastet ist. Dauerhaft stabile Finanzen erreichen wir auch bei größter Anstrengung nicht allein. Zu groß ist die Gefahr neu eintretender Belastungen, auf die die Kommune keinen Einfluss hat. Gefahren drohen noch nicht einmal so sehr von Konnexitätsverletzungen. Die Sensibilität gegenüber neuen Aufgaben ohne entsprechende Finanzausstattung ist deutlich gewachsen:

- Beispiel "Bildungs- und Teilhabepaket": Der Bund ersetzt die Kosten, die er bei den Kommunen verursacht.
- Beispiel Gebührenfreies drittes Kindergartenjahr: Das Land ersetzt die Einnahmeausfälle bei den Kommunen.

**Insbesondere die rot-grüne Landesregierung hat gezeigt, dass man auch anders mit Städten umgehen kann, nicht nur in Sachen Konnexität.**

Sie hat

- die Mittel des GFG seit 2010 um 300 Mio. Euro erhöht und sie hat
- mit dem im Dezember letzten Jahres verabschiedeten Stärkungspakt Stadtfinanzen bereits überschuldeten Kommunen mit 350 Mio. Euro einen Rettungsanker angeboten.

Außerdem räumt jetzt die Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes im geänderten Paragraf 76 der Gemeindeordnung den Kommunen die nötige Zeit ein, um halbwegs vernünftige Sparkonzepte zu erarbeiten. Diese Landesregierung war die erste, die ihre Verantwortung gegenüber den Städten wirklich ernst genommen hat. Schwarz-Gelb hat zuvor genau den entgegengesetzten Kurs gefahren: Wie kann ich mich selbst auf Kosten

der Kommunen entlasten? Beispiel: das Gesetz zur Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit. Wir werden sehen, wie das Verfassungsgericht demnächst entscheidet.

Und dennoch: Alle guten Ansätze reichen nicht, um die Finanzmisere der Kommunen zu beenden. **Nach wie vor fehlt eine Finanzausstattung, die dem gerecht wird, was man an Aufgabenerledigung von der Kommunen erwartet. In diesem Mangel liegt das größte Hindernis für eine echte Konsolidierung.**

Der Bundestag hat die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beschlossen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Sie wird den Etat der Stadt in ihrer Endstufe ab 2014 um gut 20 Mio. Euro entlasten. Und trotzdem steigen die Sozialausgaben in den strukturschwachen Städten weiter an. Für den Haushalt bleibt dies weiterhin höchst problematisch.

Und wer glaubt, in dieser Situation die Finanzen durch den **Verkauf von Beteiligungen der Stadtwerke** retten zu können, macht sich, liebe Kolleginnen und Kollegen in der CDU, selber etwas vor. Sie stellen Fantasieberechnungen an. Und die sind heute so falsch wie im letzten Jahr und in denen davor. Mit einem Verkauf der RWE Aktien oder der Auslandsbeteiligungen von Gelsenwasser lösen wir überhaupt keine Probleme. Im Gegenteil. Das bliebe immer ein Verlustgeschäft.

Ich verkaufe keine Aktien, deren Rendite - selbst bei einer schmaleren Dividende - noch bei 7,4 Prozent liegt. Und ich verkaufe keine Aktien, wenn schon heute abzusehen ist, dass ihr Wert nach erfolgreicher Umstrukturierung des Unternehmens mit Sicherheit wieder steigen wird. Und ich kann schon gar nicht den Erlös daraus völlig bei der Stadt vereinnahmen ohne Rücksicht auf die Stadtwerke.

Die Stadt profitiert seit Jahren von der umsichtigen und zukunftsorientierten Geschäftspolitik der Stadtwerke: Nicht zuletzt von dem Erwerb von Gelsenwasser oder dem Erwerb der Steag-Anteile. Nur vor dem Hintergrund dieser erfolgreichen Arbeit konnten wir die Stadtwerke an der Etatkonsolidierung beteiligen und ihre Ausschüttung an die Stadt erhöhen. Was die zuletzt geführte Diskussion um die Eigenkapitalausstattung betrifft und eine mögliche Begrenzung der Rückstellungen, sind wir im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013 durchaus gesprächsbereit.

**Der Etat 2012 liefert trotz Haushaltssicherungskonzept und trotz der nicht zu leugnenden Risiken die Voraussetzung,**

- **eine bisher funktionierende Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten,**
- **die städtische Infrastruktur zu verbessern - in kleinen Schritten,**
- **unsere Bemühungen um eine familiengerechte Stadt fortzusetzen und**
- **die wirtschaftlichen Standortvorteile der Stadt weiter zu schärfen.**

Es stehen in diesem Jahr **eine Reihe wichtiger Investitionen** in die städtische Infrastruktur an; ich nenne nur beispielhaft

- den Neubau der Feuerwehr in Höntrop
- die Fertigstellung des Konrad-Adenauer-Platzes
- den Umbau des Schlossparks Weitmar
- den Ausbau des Westparks
- die Fortsetzung der Ortsumgehung Günnigfeld
- die Sanierung der Oskar-Hoffmann-Straße
- den Neubau von Kinderspielplätzen
- die Sanierung der Schulbauten - immerhin mit über 17 Mio. Euro
- Neubau und Sanierung der Kitas mit über 4 Mio. Euro
- die Investitionen in die Sporteinrichtungen
- die Fortsetzung des Stadtumbaus Westend und Innere Hustadt
- und schließlich werden wir auch in die Brücken investieren, die uns zunehmend Probleme bereiten.



Um das alles umzusetzen, brauchen wir

- a) einen genehmigten Haushalt und
- b) eine leistungsfähige Verwaltung - das gilt es zu berücksichtigen, wenn wir demnächst über ein Personalentwicklungskonzept beraten.

Ich glaube, beides ist notwendig und machbar. Aber zur Absicherung des Konsolidierungsprozesses bedarf es zwingend einer Umsetzungskontrolle, die auch die Möglichkeit von Umsteuerungen eröffnet. Dieses Controlling wird durch die Vorlage von Quartalsberichten auf Budgetebene gewährleistet. Daher unsere - erneute - Forderung nach einem geregelten **Controlling und Berichtswesen**. Wenn Ausgaben unvorhergesehen aus dem Ruder laufen, wenn Einnahmen sich nicht wie geplant realisieren lassen, wenn beschlossene Maßnahmen nicht umgesetzt werden können und innerhalb der Budgets erhebliche Umschichtungen stattfinden - dann ist der Rat einzuschalten. Frühzeitig. Regelmäßig. Ohne dem können wir als Rat nicht steuern und auch die Verwaltung kann es eigentlich nicht. Daher der Antrag, den die Koalition dem Rat heute zum Beschluss vorlegt. Wir müssen wissen, wo wir stehen und ob die Anstrengungen für einen ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2022 ausreichen oder zusätzliche Maßnahmen nötig sind.

Lassen sie noch ein Kernproblem unseres Haushaltes ansprechen:

- Trotz guter Konjunktur steigt die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung. 2011 war mit 44,3 Mrd. Euro ein neues Rekordjahr. Darunter leiden ganz besonders **die strukturschwachen Regionen!**
- Allgemein steigen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Aber davon profitieren vor allem strukturstarke Regionen!
- Allgemein steigen die Sozialausgaben, aber überproportional belasten sie strukturschwache Regionen?
- Die Bundesregierung vermeldet Rekordbeschäftigung. Aber strukturschwache Städte leiden unter der steigenden Langzeitarbeitslosigkeit.

**Die Sorge um diese Entwicklung gehört in den Mittelpunkt der Bundespolitik. Und dann lässt sich auch die neu entfachte Diskussion um den Solidarpakt** versachlichen. Wir führen keine Neiddebatte. Es geht um eine Neuausrichtung. Eine Konzentration auf strukturelle Benachteiligungen. Bochum, eine Stadt deren Eigenkapitalquote bedenklich sinkt, zahlte bisher 341 Millionen Euro Solidarbeitrag und zahlt weiter bis 2019. Von zusätzlichen Finanzhilfen müssen heute strukturschwache Städte profitieren - egal ob in Ost oder West.

Die CDU im Ruhrgebiet hat sich genau in diesem Sinne geäußert. Aber Ihr Spitzenkandidat für die Landtagswahl war da - erschreckenderweise - ganz anderer Ansicht; ich zitiere Herrn Röttgen: „Die strukturellen Probleme, die Unterfinanzierung der Kommunen müssen gelöst werden, wo sie entstanden sind - in Nordrhein-Westfalen.“ Ignoranter kann man sich bei diesem Thema wohl kaum verhalten. Ignorant auch gegenüber der eigenen von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie “Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland”, die zu dem Ergebnis kommt, ich zitiere: “Die öffentliche Infrastruktur ist in weiten Teilen an den Standard in Westdeutschland angeglichen, mitunter ist sie sogar besser als dort.”

Der *Bericht zur Regionalen Armutsentwicklung* des Paritätischen Wohlfahrtsverbands macht **das Ruhrgebiet als neue Problemregion mit besorgniserregender Dynamik aus. Da fällt der Begriff “Armenhaus der Republik”**. Und der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl erkennt hier offensichtlich keinen Handlungsbedarf. Das sollte den Menschen im Ruhrgebiet zu denken geben, wenn es am 13. Mai zum Urnengang geht.

Für uns heißt das: **Wir müssen die bisherigen Anstrengungen in der Wirtschaftsförderung, Strukturschwächen zu überwinden, ungebrochen fortsetzen.** Die Erfolge sind ja durchaus da:

- Bochum hat sich in NRW eine führende Rolle in der Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik erarbeitet: das

BioMedizinZentrum ist sehr gut ausgelastet; im BioMedizinpark finden die ersten Ansiedlungen statt; der Gesundheitscampus entwickelt sich Schritt für Schritt.

- Bochum hat die Federführung für das Netzwerk Geothermie in der Region übernommen und ist heute Sitz des Internationalen Geothermiezentrums, der Internationalen Gesellschaft für Geothermie und des Geotechnikums. Das sind gute Nachrichten.
- Auch die Weiterentwicklung des Automobilstandortes zum Elektromobilstandort Bochum bleibt eine wichtige Aufgabe. Gerade in Zusammenarbeit mit den Bochumer Hochschulen lassen sich dafür wichtige Projekte anstoßen.
- Und die Chance zur Bildung eines Innovationsclusters für Produktions- und Automobilwirtschaft, müssen wir wahrnehmen. Für die SPD-Fraktion ist dies auch ein Beitrag zur Sicherung des Opel-Standorts und einer modernisierten Automobilproduktion insgesamt in Bochum.

Für alle diese Aufgaben brauchen wir eine leistungsfähige Wirtschaftsförderung. Sie muss deshalb bei weiteren Spardiskussionen außen vor bleiben. Dass im übrigen die Mittelstandsvereinigung der CDU in einem Beitrag gegenüber dem WDR die Bochumer Wirtschaftsförderung schlecht zur reden versucht, ist nur aus der persönlichen wirtschaftlichen Situation ihres Vorsitzenden zu erklären.

Schlagzeilen, die das Ruhrgebiet als "Armenhaus der Republik" ausweisen, sind nicht gerade förderlich für einen Imagewandel. Es gibt aber glücklicherweise auch andere: "**Weniger Kohle, mehr Kultur**", titelte eine Tageszeitung im März, als der Initiativkreis Ruhr das Ergebnis einer Forsa-Umfrage veröffentlichte.

Noch vor 4 Jahren fielen zum Thema Ruhrgebiet 53 Prozent der Befragten **Kohle** ein, heute sind das nur noch 34 Prozent; nur zwei Prozent dachten damals an **Kultur**; heute ist es jeder Zehnte - das ist ein Erfolg. Das Projekt Kulturhauptstadt hat sich gelohnt.

- Ein solcher Ruf stärkt den Tourismus.
- Ein solcher Ruf stärkt die Wirtschaftsförderung.
- Und er bestärkt uns darin, Kultur- und Bildungsangebote weiter auszubauen.

Das gilt auch für den Bau des Musikzentrums. Das **Musikzentrum** wird eine neue Einrichtung der kulturellen Bildung in unserer Stadt und stadtentwicklungspolitisch ein großer Schritt nach vorn. Und das ganze bekommen wir bei einer Eigenmittelbeteiligung von rund sieben Prozent (2,4 Mio. Euro).

Die Alternative: ein verödenes Grundstück in bester City-Lage, eine Kirche auf Abriss, ein halbfertiger Westpark, eine Jahrhunderthalle, deren Zukunft völlig ungewiss ist. So stelle ich mit die Zukunft dieser Stadt nicht vor.

**Ich möchte, dass wir Entwicklungschancen wahrnehmen, statt davor zurückzuschrecken.**

Abschließend danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Beratungsprozess und die Bürgerbeteiligung begleitet und für uns aufbereitet haben, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Finanzsteuerung für die Erstellung der Haushaltsdaten. Das war in diesem Jahr mit der Umsetzung der Ergebnisse der Beratungskoooperation eine besondere Herausforderung, die unsere Anerkennung verdient.